



MANAGERKREIS DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG

NEWSLETTER

3_2013

Inhalt

IM INTERVIEW:

Weidong Xu, Geschäftsführerin Bilfinger Gerber GmbH 3

Als 19-Jährige kam Weidong Xu nach Deutschland, studierte Chemieingenieurwesen und stieg schnell zur Geschäftsführerin in einer Männerdomäne auf.



Daheim statt im Heim – Assistenzsysteme für ein selbst- bestimmtes Leben im Alter 5

„Ambient Assisted Living“ (AAL) heißt die Technologie, die Senioren dabei helfen soll, länger eigenständig zu leben. Der Durchbruch lässt noch auf sich warten.



Frauen in Führung?! – Unter- nehmenserfolg und die Quote 6

Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie lässt sich nicht allein durch eine Quote lösen.



Bayern „rebooten“ – Die digitale Spaltung überwinden 8

Der Ausbau von leistungsfähigen Breitbandnetzen darf sich nicht nur auf die Ballungsgebiete beschränken, sondern muss auch in ländlichen Regionen vorangetrieben werden.

Wirtschaftliche Perspektiven für den Norden 8

Der Wirtschaftsminister des Landes Schleswig-Holstein Reinhard Meyer mahnt dringend eine Modernisierung des Nord-Ostsee-Kanals an.

Einmal Volltanken bitte! 9

Der Managerkreis war zu Gast bei einem kaum bekannten Berliner Konzern: der BMV Mineralöl Versorgungsgesellschaft mbH.

„Nicht mehr oder weniger Staat – sondern ein handlungsfähiger Staat!“ 10

Im Dialog mit dem Managerkreis über Mittelstandspolitik bekräftigte Peer Steinbrück, dass die SPD keine Substanzbesteuerung von Firmen plant.



Jung, kreativ, hilflos? – Heraus- forderungen der Zukunftsbranche Kreativwirtschaft in Thüringen 11

Der Managerkreis Mitteldeutschland diskutierte in Weimar über die Lage der Kreativwirtschaft.

Marathonlauf mit Fotofinish 12

Der Politikwissenschaftler Karl-Rudolf Korte analysierte die Aussichten der Parteien vor der kommenden Bundestagswahl und legte sich noch nicht fest.





MANAGERKREIS DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG

NEWSLETTER

3_2013

Inhalt

Akzeptanz als strategischer Erfolgsfaktor 13

Der Managerkreis befasst sich in einer neuen Studie mit der Bedeutung von Akzeptanz, damit Großprojekte funktionieren können.

Kommunen in der Krise 13

Nürnberg's Oberbürgermeister Ulrich Maly beobachtet mit Sorge die wachsende Schere zwischen armen und reichen Städten.

Keine Ampelkoalition 14

Das Steering-Komitee traf Christian Lindner.

Perspektiven für Rot-Grün 14

Katrin Göring-Eckart erteilt einer möglichen schwarz-grünen Koalition eine klare Absage.

Literaturhinweise 15

Terminübersicht 16

IMPRESSUM

V.i.S.d.P. Marc Meinardus
Koordination & Schlussredaktion:
Dagmar Merk

Design: **zenobi** zenobi GmbH
Redaktion: zenobi GmbH, Simone Warias
Fotos: Friedrich-Ebert-Stiftung, Mark Bollhorst, Gaby Waldek, Joanna Kosowska, Olaf Malzahn

Friedrich-Ebert-Stiftung
Managerkreis
Hiroshimastr. 17, 10785 Berlin
Fon 0 30 / 2 69 35 70 53
Fax 0 30 / 2 69 35 92 36

www.managerkreis.de



IM INTERVIEW: Weidong Xu, Bilfinger Gerber GmbH Frau, Migrantin, Führungskraft: Karriere ist machbar!

Als Weidong Xu 1989 mit dem Zug nach Deutschland kam, war sie gerade einmal 19 Jahre alt und sprach kaum deutsch. Zwei Jahre später begann sie in Dortmund ein Studium des Chemieingenieurwesens, anschließend kam die Diplomingenieurin als Trainee zu Continental nach Hannover, wo sie bis 2001 in der Reifenentwicklung arbeitete. Danach bewarb sie sich bei der GEA Luftkühler GmbH und schaffte es dort bis zur Geschäftsführerin. 2012 wechselte sie an die Spitze der Bilfinger Gerber GmbH. Seit April 2013 ist sie Mitglied des Aufsichtsrats ZF Friedrichshafen AG. Weidong Xu ist verheiratet und hat einen 17-jährigen Sohn.

Sie haben in den 90er Jahren ein Ingenieurstudium absolviert. Noch heute sind Frauen, die sich für technische Fächer entscheiden, die Ausnahme. Waren sie damals allein unter Männern?

Chemieingenieurwesen war damals schon eine der wenigen Studienrichtungen, in der die Frauenquote mit 15 Prozent relativ hoch war. Von den 350 Studenten waren ca. 40 bis 50 Frauen. Bei Maschinenbau sah das beispielsweise ganz anders aus. Dort gab es nur fünf Frauen unter 300 Männern.

Die meisten Frauen ziehen es nicht einmal in Erwägung, etwas Technisches zu studieren. Was war entscheidend für Ihre Studienwahl?

Eigentlich wollte ich Journalistin oder Rechtsanwältin werden. Beides hat mir meine Mutter aber verboten. Meine Familie hat unter der Kulturrevolution ziemlich gelitten und meine Mutter war der Ansicht, dass diese beiden Berufe zu politisch seien. Ich sollte lieber etwas Technisches studieren, das mit Politik nichts zu tun hatte. Da blieben nur Mathematik, Chemie oder Physik. Ich fand damals Chemie wenigstens ein bisschen weiblich und habe mich dann dafür entschieden. Als ich mit 19 Jahren nach Deutschland kam, hatte ich in China schon zwei Jahre Chemie studiert. Das Che



miestudium in Deutschland war für mich zu theoretisch, daher bin auch auf Chemieingenieurwesen ausgewichen.

Nach Erhebungen des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln finden Akademiker mit Migrationshintergrund seltener eine Arbeit als deutsche Akademiker. So werden etwa Menschen, die zum Beispiel einen ausländisch klingenden Namen haben, erst gar nicht zu Vorstellungsgesprächen eingeladen. Was sind Ihrer Meinung nach die Gründe dafür?

Dieses Ergebnis überrascht mich. Das können nur Vorurteile sein. In meiner bisherigen beruflichen Praxis habe ich immer den Eindruck gehabt, dass deutsche Firmen, vor allem mittelständische, aus wirtschaftlichen Gründen gezwungen sind, internationaler zu werden. Ein Mitarbeiter mit ausländischen Wurzeln ist eine Bereicherung für die Firma. Ich bekomme selbst oft Bewerbungsunterlagen von Männern



und Frauen mit Migrationshintergrund auf meinen Schreibtisch. Soweit er die fachliche Qualifikation erfüllt, gebe ich persönlich jedem eine Chance, sich bei mir vorzustellen.

Wie war das bei Ihnen? Wie verlief Ihre Stellensuche nach dem Studium?

Bevor meine Diplomarbeit fertiggeschrieben war, hatte ich schon einen Vertrag in der Tasche! Ende 1997 bin ich aus purer Neugier zu einer Rekrutierungsveranstaltung gegangen und nach zwei Vorstellungsgesprächen hatte ich meinen ersten Job, ohne überhaupt einen Abschluss zu haben. Ich musste also erst gar keine Bewerbungen schreiben. Ich habe wirklich Glück gehabt. Aber Glück ist nicht alles. Ich bin ein Mensch, der immer auf alle Fälle vorbereitet ist und nichts dem Zufall überlässt – wie etwa das Thema Kinder. Als ich in der Vordiplomzeit ein Praktikum absolvierte, sagte der Abteilungsleiter zu mir, dass er niemals junge kinderlose Frauen wie mich einstellen würde. Wenn wir Frauen Kinder bekämen, müsste er die Stelle zwei Jahre freihalten. Das hat mir zu denken gegeben. Für mich war klar, ich möchte Kinder haben, ich möchte nicht der Karriere wegen kinderlos bleiben. Deswegen habe ich mich bewusst für ein Kind noch während der Studienzeit entschieden. Als ich mit dem Studium fertig war, war mein Sohn zwei Jahre alt. Im Vorstellungsgespräch habe ich ganz klar gesagt, das Thema Kinder ist für mich abgehakt.

Als Sie Ihre berufliche Karriere starteten war Ihr Sohn aber immer noch sehr klein. Wie haben Sie Familie und Beruf unter einen Hut bekommen?

Ich hatte Glück, dass ich als Studentin einen Kita-platz bekommen habe. Wir hatten zusätzlich noch eine Tagesmutter, damit das Kind auch nach dem Kindergarten betreut wurde, bis mein Mann oder ich von der Arbeit nach Hause kamen. Allein für die Kinderbetreuung gingen schon mehr als ein Drittel meines Gehaltes weg. Das war es mir wert. Ich wollte meinen beruflichen Einstieg und die Chancen, die sich mir nach dem Studium boten, nicht verpassen. Darin war ich mir mit meinem Mann einig. Wir hatten nie die Diskussion, ob ich nach dem Studium zu Hause bleibe. Wir haben

beide unsere beruflichen Karrieren machen können. Heute ist unser Sohn 17 Jahre alt und er hat sich gut entwickelt. Dafür haben mein Mann und ich unsere eigenen Interessen und Hobbys zurückgestellt. Unsere freie Zeit war für die Familie, für das Kind da.

Ihre Karriere verlief scheinbar reibungslos. Sind Sie auch auf Hindernisse gestoßen, weil Sie eine Frau oder eine Migrantin sind?

Auf meinem Weg bis in die Chefetage habe ich wenige Hindernisse gespürt. Seitdem ich aber in der Position der Geschäftsführerin bin, spüre ich doch diesen berühmten Glasdeckel. Ich habe den Eindruck, dass die öffentliche Diskussion um eine Frauenquote den Frauen mehr geschadet als es ihnen tatsächlich genützt hat. Ich kann ohne schlechtes Gewissen behaupten, dass meine Leistungen mich in die Chefetage gebracht haben. Jetzt spüre ich, insbesondere in der mittleren Managementebene, die Konkurrenzangst meiner männlichen Kollegen, die befürchten, dass ich als Frau bei weiteren Karriereschritten bevorzugt werde.

Für viele Frauen geht der Kampf um Anerkennung in einer Führungsposition erst richtig los. Müssen Sie als Frau mehr leisten, um anerkannt zu werden?

Ich denke schon. Ich muss meinen Vorgesetzten und Mitarbeitern beweisen, dass ich diese Position aufgrund meiner Leistung bekommen habe und nicht, um die Frauenquote zu verbessern. Ich glaube, dass bei einer Frau in einer Führungsposition genauer hingeschaut wird als bei Männern. In meiner Brust schlagen zwei Herzen: Auf der einen Seite finde ich es gut, dass das Thema Frauen in Führungspositionen angegangen wurde. Andererseits habe ich den Eindruck, dass ich es in meinem Umfeld durch den Medieneffekt schwerer habe. Wir haben ein so großes Potenzial an tollen Frauen – nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch in der Politik. Wir brauchen mehr weibliche Vorbilder. Und wir brauchen mehr erfolgreiche Unternehmer und Manager, die bereit sind, als Mentoren ihre Erfahrungen an die Frauen weiterzugeben. Das bringt mehr als eine Frauenquote. Auch Angela Merkel hatte einen guten Mentor.

Wie könnten Ihrer Meinung nach mehr Frauen in Führungspositionen gelangen? Sie möchten ja nicht auf Dauer in der Chefetage allein unter Männern bleiben.

Man sollte das Thema komplexer angehen. Es ist wichtig, die Frauen breiter zu fördern. Das fängt schon in der Schule an. Die durchschnittliche Abiturnote der Mädchen ist viel besser als die der Jungen. Wir haben viel mehr weibliche Hochschulabsolventen als vor 20 Jahren. Die Frauen sind perfekt ausgebildet. Dann kommt der Karriereknick, wenn sie heiraten und Kinder bekommen. Ich respektiere natürlich, wenn eine Frau den Fokus auf die Familie richten möchte. Es ist illusorisch zu behaupten, jede Frau will unbedingt Karriere machen. Das ist nicht der Fall. Das ist kein Automatismus. Nur weil wir Kindergärten und Ganztagschulen haben bekommen wir nicht mehr Frauen in die Führungsetagen. Wir müssen aber diejenigen, die wirklich wollen, fördern und für sie bessere Rahmenbedingungen schaffen. Generell finde ich es wichtig, dass unsere Gesellschaft kinderfreundlicher und das immer noch relativ konservative Familienbild abgeschafft wird. Auch die Männer müssen sich ändern und als Väter mehr in die Pflicht genommen werden. Wir brauchen auch eine größere gesellschaftliche Akzeptanz für Karrierefrauen. Den Begriff „Rabenmutter“ gibt es nur im Deutschen.

Sie haben es längst bis in die Chefetage geschafft, dorthin, wo Frauen mit Migrationshintergrund extrem selten zu finden. Was ist Ihr Erfolgsrezept?

Ich bin immer auf alles vorbereitet und scheue keine Herausforderungen. Ich gebe bei allem was ich mache einhundert Prozent. Ich bin offen für neue Ideen. Ich setze mir stets kleine Ziele und frage mich, wo ich mich noch verbessern und weiterentwickeln kann. Ich bin immer in Bewegung, besuche Seminare oder Sprachkurse. Für mich ist es eine Bereicherung, wenn ich etwas dazu lernen kann. Ich sage immer: Man kann sich nur selbst motivieren.

Weidong Xu ist seit März 2013 Mitglied im Managerkreis

Daheim statt im Heim – Assistenzsysteme für ein selbstbestimmtes Leben im Alter

Von den Alternativen zum Pflegeheim ist „zu Hause bleiben“ nach wie vor die beliebteste. Damit ältere hilfs- und pflegebedürftige Menschen so lange wie möglich ein selbstbestimm-



tes Leben im eigenen Wohnumfeld führen können, sind neue medizinische Versorgungsformen notwendig. Zu ihnen gehören „Ambient Assisted Living“-Systeme (AAL), die allerdings in Deutschland noch nicht optimal genutzt werden.

Der Managerkreis diskutierte am 3. Juni 2013 darüber, was Politik, Gesundheitswirtschaft, Kommunen oder Wohnungsbaugesellschaften zur Akzeptanz und Umsetzung von AAL-Systemen beitragen können. Als Gäste waren eingeladen: Frank Bielka, Vorstandsmitglied der Wohnungsbaugesellschaft degewo AG, Thomas Bodmer, Mitglied der Vorstandes der DAK Gesundheit und Carola Reimann, MdB und Vorsitzende des Bundestags-Gesundheitssausschusses. Gudrun Schaich-Walch, ehemalige Gesundheitsstaatssekretärin und Sprecherin der gesundheitspolitischen Arbeitsgruppe des Managerkreises, moderierte die Runde.

Unter „Ambient Assisted Living“ (AAL) werden Konzepte, Produkte und Dienstleistungen verstanden, die neue Technologien und soziales Umfeld miteinander verbinden und verbessern mit dem Ziel, die Lebensqualität für Menschen in allen Lebensabschnitten zu erhöhen. Sie können dazu beitragen, einen Umzug ins Pflegeheim hinauszuschieben oder gar unnötig zu machen. Gleichzeitig unterstützen AAL-Systeme die Arbeit des pflegerischen und medizinischen Fachpersonals und entlasten dadurch partiell das Pflege- und Gesundheitssystem.

Dennoch kommen solche Assistenzsysteme in Deutschland noch zu wenig zum Einsatz. Es fehlen die rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen. Ältere Menschen werden immer technikaffiner und möchten lieber zu Hause versorgt werden. Die Nachfrage nach Pflegeleistungen steigt rapide. Bisherige Lösungen sind oft nicht genug bekannt oder transparent. Es gibt zwar einige Förderprojekte, doch deren Erkenntnisse werden noch nicht flächendeckend in die Praxis umgesetzt.

Die Podiumsgäste beklagten die Diskrepanz zwischen Umsatzpotenzial der Assistenzsysteme und Finanzierungsbereitschaft. So seien AAL-Produkte im Sozialgesetzbuch (SGB) sowie in den Budgets der Kostenträger kaum verwurzelt. Darüber hinaus gibt es keine übergreifenden Initiativen aller Finanzierer. Ein Lösungsansatz könnte so aussehen, dass man zur Erprobung Innovationsbudgets einführt und darüber hinaus Modellprojekte realisiert mit dem Ziel wissenschaftlicher Evaluation und Langzeiterprobung. Bei Erfolg könnten AAL-Systeme in die Regelversorgung überführt und auf diese Weise etabliert werden. Erreicht werden könnte dies durch sektorunabhängige Finanzierungsmodelle, analog dem „persönlichen Budget“ im SGB IX.

Dennoch bleiben viele grundsätzliche Fragen offen: Braucht es eine staatliche Unterstützung? Werden sich innovative AAL-Leistungen durch die (private) Nachfrage ausreichend entwickeln? Welche Veränderungen im gegenwärtigen Finanzierungssystem zwischen Nutzern, Pflege- und Krankenkassen, Kommunen oder Wohnungswirtschaft werden nötig und bedarf es eines initiierten Innovationsförderungsprogrammes durch den Bund wie in anderen Ländern?



Frauen in Führung?! – Unternehmenserfolg und die Quote

Auf dem Weg zu mehr Gleichstellung in unserer Gesellschaft brauchen wir mehr Frauen im Topmanagement. Frauen sind heute genauso gut ausgebildet wie Männer. Und doch zeigt die gläserne Decke gerade in den großen Unternehmen bisher nur wenige dünne Risse. Wo liegen die Ursachen dafür und wo müssen Veränderungen ansetzen, damit mehr Frauen ihrer Qualifikation entsprechend in Führungspositionen gelangen?



Dieses Thema diskutierte der Managerkreis in Kooperation mit dem Fritz-Erlor-Forum der Friedrich-Ebert-Stiftung am 14. Mai 2013 bei einer Podiumsveranstaltung am Karlsruher Institut für Technologie. Moderiert und initiiert von der Unternehmerin Dagmar Bornemann debattierten Publikum und Podiumsgäste über das Für und Wider unterschiedlicher Quotenmodelle, die Zukunftsfähigkeit einer diversifizierten Unternehmensführung und die Frage, was Frauen tun müssen, um ihre Führungsrolle einzufordern.

Stefanie von Andrian-Werburg gehört laut dem Bund der deutschen Ingenieurinnen zu den 25 einflussreichsten Ingenieurinnen Deutschlands. Bei der EnBw (Energie Baden-Württemberg) entwickelt sie Dampferzeuger und begleitet alle Phasen von Kraftwerksprojekten – angefangen bei der Standortbewertung und Projektierung über die Ausschreibung, bis hin zur Bauüberwachung und Inbetriebnahme.



Sie führt ein gemischtes Team von 24 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Frauen rät sie: „Als Berufseinsteiger muss man sich erst einmal beweisen, und für Frauen in Ingenieurberufen gilt das vielleicht in besonderem Maße.“ Als Frau solle man daher eine gewisse Hartnäckigkeit an den Tag legen. Frauen müssten zudem frühzeitig den Finger heben, wenn sie sich vorstellen können, ein Projekt oder ein Team zu leiten. Viele Frauen würden immer noch darauf warten, entdeckt zu werden.

Monika Auweter-Kurtz ist Direktorin der German Aerospace Academy (ASA). Einst sollte sie Astronautin werden, entschied sich jedoch dagegen und konzentrierte sich auf ihre Arbeit als erste weibliche Professorin für Luft- und Raumfahrttechnik in Baden-Württemberg. Im Gegensatz zu früher befürwortet sie heute eine Quote. Diese würde ein Unternehmen attraktiver und zukunftsfähiger machen. Ihr zufolge brauchen Frauen mehr Vorbilder, besonders ganz oben. Zwar sitzen heute mehr Frauen in den Aufsichtsräten europäischer Firmen als noch vor fünf Jahren, aber mit 3 Prozent der Vorstandsposten und 16 Prozent der Aufsichtsratsposten sind die Zahlen in Deutschland noch verschwindend gering.

Dennoch gibt es Unternehmen, die in dieser Hinsicht ein Vorbild darstellen. IBM ist ein solches Unternehmen. Sowohl global, als auch im Deutschlandgeschäft wird IBM von Frauen geführt. Bald wird IBM zudem eine weibliche Personalchefin haben. Diese Entwicklung führt Ulrike Hetzel, Geschäftsführerin der IBM Deutschland Infrastructure Technology Services GmbH, auf die amerikanische Unternehmenskultur von IBM zurück. Hierarchien sind flacher und der Wiedereinstieg nach einer Schwangerschaft viel selbstverständlicher als in zahlreichen deutschen Unternehmen. Frauenförderung muss ihrer Meinung nach bereits in sehr frühen Karriereabschnitten erfolgen. Zudem spielen Netzwerke eine besonders wichtige Rolle.

Dass es keinen Zusammenhang zwischen Unternehmenserfolg und dem Anteil von Frauen in Vorständen und Aufsichtsräten gibt, davon ist Hagen Lindstädt überzeugt. Er warnt vor einer Frauenquote, die zu einem Aufblähen von Vorständen und Aufsichtsräten führen könnte. Seiner Meinung nach ist die Quote keine Frage von Wirtschaftlichkeit, sondern von Gerechtigkeit. Ein Erreichen der paritätischen Unternehmensführung ohne gesetzliche Regulierung würde seinen Berechnungen zufolge noch etwa 400 Jahre dauern. Er hat Verständnis, dass Frauen nicht so lange warten können. Deshalb plädiert er für eine Veröffentlichungspflicht für die großen Unternehmen, wie viele Frauen in ihren Vorständen und Aufsichtsräten sitzen. Der daraus resultierende öffentliche Druck könnte dann die Eigentümerinnen und Eigentümer motivieren, ihre Gremien weiblicher zu besetzen.

Die landespolitische Komponente wurde von Birgit Buschmann, Leiterin des Referats Wirtschaft und Gleichstellung im Ministerium für Finanzen und Wirtschaft des Landes Baden-Württemberg, eingebracht. Baden-Württemberg liege sogar noch unter dem Bundes- und Landesdurchschnitt, was den Anteil von Frauen in Aufsichtsgremien angeht. Zudem gäbe es 6.000 bestens ausgebildete Ingenieurinnen in Baden-Württemberg, die keine Beschäftigung entsprechend ihrer Qualifikation ausüben. Eine Schlüsselfunktion kommt Buschmann zufolge den kleinen und mittleren Unternehmen zu. Hier hätten es Frauen vergleichsweise leichter, nach vorne zu kommen. Auch das Ministerium möchte hier unterstützen. Im Rahmen des Projekts Spitzenfrauen-BW.de entwickelt man zurzeit eine Datenbank mit qualifizierten Kandidatinnen, die sich über das Internet für Aufsichtsratsposten empfehlen.

Das Podium plädierte dafür, dass Frauen künftig mehr einfordern müssen. Vernetzung und Mentoring spielen dabei eine wichtige Rolle. Diese müssen durch die Unternehmen gefördert werden. Ein offensives und engagiertes Auftreten ist der Schlüssel für den Erfolg dieser gesamtgesellschaftlichen Aufgabe.



Bayern „rebooten“ – Die digitale Spaltung überwinden

Schnelle Internetverbindungen werden immer wichtiger. Neben der großen Bedeutung für die Wirtschaft ist auch längst für Ausbildung, Beruf und Freizeitgestaltung die Verfügbarkeit eines schnellen Internetzugangs eine wichtige Voraussetzung. Damit wird deren Sicherstellung nicht nur eine wirtschaftspolitische Aufgabe, sondern auch Bestandteil der kommunikativen und medialen Daseinsvorsorge. Dieses Thema diskutierte der Managerkreis am 27. Mai 2013 in München mit spannenden Podiumsgästen.

„Wir müssen der drohenden Gefahr einer sozialen Spaltung begegnen und die Chancengleichheit der Bürgerinnen und Bürger wahren. Denn die flächendeckende Versorgung mit schnellem Internet schafft die Voraussetzungen für die Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen, Unternehmen und Regionen am Fortschritt und an den Möglichkeiten der Informationsgesellschaft“, betonte Florian Pronold in seinem Impulsreferat. Der Landesvorsitzende der SPD in Bayern ist im Kompetenzteam von Peer Steinbrück zuständig für Infrastruktur und Wohnen. Der konsequente Breitbandausbau ist eine zentrale gesellschafts- und wirtschaftspolitische Herausforderung. Pronold sprach sich für einen Breitband-Universaldienst und eine gesetzlich geregelte flächendeckende Versorgung aus. Dass es in Deutschland und besonders in Bayern noch immer viele „weiße Flecken“ - also Gegenden ohne Internetzugang - und noch mehr „graue Flecken“ - also Gegenden mit unzureichender Versorgung - gibt, ist für den Bundestagsabgeordneten ein klassischer Fall von Marktversagen. Er mahnte vor einer Flucht von Unternehmen und Menschen vom ländlichen Raum in die Städte, weil dies die ohnehin kritische Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum zusätzlich verschärft.

Auch der Internet-Unternehmer Nicolas Reis, Geschäftsführer von Altruja, betonte die wirtschaftspolitische Bedeutung von einem schnellem Internet. Fällt das Internet aus, ist sein Startup

arbeitsunfähig. Dass es Unternehmen gibt, die selbstständig bis zu 150.000 Euro und mehr für eine Breitbandversorgung zahlen müssen, trifft bei ihm als „Digital Native“ auf Unverständnis.

Jenseits der wirtschaftspolitischen Herausforderung geht es für Doris Aschenbrenner, Beraterin von SPD-Spitzenkandidat Christian Ude in netzpolitischen Fragen und Informatikerin mit dem Schwerpunkt Robotik, vor allem um Fragen von Teilhabegerechtigkeit und Transparenz. Sie sprach sich für ein Informationsfreiheitsgesetz aus. Auf die Frage, ob man ein „Internetministerium“ bräuchte, reagierte sie zurückhaltend. Es ginge nicht um Symbolpolitik, sondern um klare und politikfeldübergreifende Antworten auf die zunehmende digitale Spaltung.

Philipp Müller, Business Development Director bei CSC Deutschland und Autor des Buches „Machiavelli.net: Strategie für unsere offene Welt“, plädierte für offene Strukturen und strukturierte Transparenz. Auch heute könne der Pragmatismus und Realismus eines Machiavelli nur ermutigen, sich auf die radikal neue Logik einer offenen Netzwerkgesellschaft einzulassen: „Machiavelli würde im 21. Jahrhundert der Fürstin empfehlen, auf Anti-Führung umzusteigen. Anti-Führungskräfte sind keine befehlsgewohnten Herrscher, sondern gute Zuhörer. Sie setzen nicht Anweisungen durch, sondern ermöglichen Anpassungsprozesse.“ Müller sprach sich für ein Internet-Ministerium aus, denn Symbolpolitik ermögliche Veränderungen und funktioniere nur über Köpfe.

Wirtschaftliche Perspektiven für den Norden

Reinhard Meyer, seit fast einem Jahr Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie des Landes Schleswig-Holstein, war am 30. Mai 2013 zu einem Hintergrundgespräch beim Managerkreis in Kiel zu Gast.

Meyer benannte den Schifffahrtssektor, die Abnahme von EU-Fördermitteln und den Umgang mit immer weniger Fachkräften als größte kritische Bereiche für die Wirtschaft im Nor-



den Deutschlands. Dabei hat die Wirtschaft zwischen Nord- und Ostsee einiges zu bieten: weniger als 100.000 Arbeitslose, einen starken und besonders heimatverbundenen Mittelstand mit zahlreichen „Hidden Champions“ in den Bereichen Gesundheitswirtschaft und IT und ein großes Potenzial angesichts der Energiewende im Bereich Windkraft.

Unter der Leitung von Günter Elste, Vorstandsvorsitzender der Hamburger Hochbahn und Sprecher des Managerkreises Nord-Ost, diskutierten die Gäste mit dem Minister vor allem über Aspekte einer modernen Infrastruktur für den Norden. Als zentrale Entwicklungsachsen für die Wirtschaft in Schleswig-Holstein wurden die Autobahnen herausgestellt. Eine Verlängerung der A7 Richtung Dänemark, die Fehmarnbelt-Querung und die Erweiterung der A20 seien von zentraler Bedeutung aus Sicht der Wirtschaftsvertreter. Alarmierend äußerten sich die Gesprächsteilnehmer zum maroden Nord-Ostsee-Kanal, bei dem auch Reinhard Meyer dringend eine Modernisierung anmahnt. Beifall erhielt Meyer für die von ihm genannten Vorhaben im Bereich des Breitbandausbaus. Bis 2030 soll ganz Schleswig-Holstein mit moderner Glasfaserversorgung ausgestattet werden. Diese Infrastrukturaufgaben benötigen aber eine stabile Finanzierung. Schleswig-Holstein müsse deshalb bald Vorschläge machen, wie Bund und Länder diese Aufgabe gemeinsam bewältigen können. Reinhard Meyer freute sich über den konstruktiven Dialog und die Anregungen aus den Reihen des Managerkreises.

Einmal Volltanken bitte!

Das hätten die Gäste beim Jourfixe des Managerkreises Berlin-Brandenburg am 12. Juni 2013 gerne getan. Aber man hatte sich nicht an einer der zahlreichen Berliner Sprint-Tankstellen verabredet, sondern war zu Gast in den Geschäftsräumen der BMV Mineralöl Versorgungsgesellschaft mbH am Kurfürstendamm, um sich mit Duraid El Obeid zu treffen. Er ist geschäftsführender Gesellschafter der BMV, dem Mutterkonzern von Sprint und Großhändler für Kraftstoffe.

Seit mehr als 25 Jahren ist die von internationalen Konzernen unabhängige Sprint Tank GmbH erfolgreich auf dem deutschen Markt aktiv. Das inhabergeführte Mineralölunternehmen mit regionalem Schwerpunkt in Berlin, Brandenburg und Sachsen betreibt gemeinsam mit ihrem Tochterunternehmen HPV Hanseatic Petrol Vertriebs GmbH bundesweit 136 Tankstellen unter den Marken Sprint und GO. Duraid El Obeid berichtet, dass das Unternehmen Mitglied im Bundesverband Freier Tankstellen und im Verband der Mittelständischen Energiewirtschaft Deutschland e.V. ist, die sich um die Interessenvertretung der „kleinen“ Mineralölunternehmen kümmern.

Die BMV unterhält eigene Tanklager in Berlin-Ruhleben. Einzelne Kraftstoffkomponenten werden zum Beispiel in der Uckermärkischen Raffinerie Schwedt eingekauft und dann zur Herstellung eigener Kraftstoffe verwendet. Neben konventionellen Kraftstoffen sind Autogas, Erdgas, Biogas und Bioethanol Bestandteil des Angebots. Das Unternehmen versorgt aber nicht nur die eigenen Tankstellen. Der hergestellte Kraftstoff geht zu 35 Prozent an die eigenen Zapfsäulen und zu 65 Prozent an fremde Tankstellen.

Das geänderte Verbraucherverhalten im Hinblick auf die Mobilität macht der Mineralölwirtschaft natürlich zu schaffen. Autos verlieren zunehmend an Bedeutung als Statussymbol, werden eher als teure Last empfunden. Die Nutzung von öffentlichem Nahverkehr, Fahrrad und E-Mobilität nimmt im urbanen Raum im wahren Sinne des Wortes an Fahrt auf. In Deutschland wird Kraftstoff darüber hinaus mit einer Verbrauchssteuer auf Mineralöl von durchschnittlich 65 Cent pro Liter belastet. Sinkt der Umsatz an den Zapfsäulen, klingelt es auch weniger in der Staatskasse.

Ein wichtiger Aspekt für Tankstellenbetreiber ist die Preisgestaltung. Günstige Benzinpreise locken den Kunden an die Zapfsäule und beruhen auf einer zielgenauen Marktbeobachtung. Die Tankstellenpächter melden täglich die Preise ihrer umliegenden Konkurrenten direkt



an die Unternehmenszentrale. Hier wird dann blitzschnell über eine Preissenkung entschieden, um mit einem günstigeren Benzinpreis die Kunden an die eigenen Tankstellen zu locken. Der Kunde soll hier jedoch nicht nur Tanken, sondern auch in den gut sortierten Shops einkaufen. Immerhin erzielen Tankstellenpächter nicht mit dem Kraftstoff, sondern mit einem geschickt platzierten Verkaufssortiment im Shop ihren Hauptumsatz.

Duraïd El Obeïd ist davon überzeugt, dass die BMV als Mittelständler schneller und flexibler auf Marktveränderungen reagieren kann, als die großen Konzerne. Wenn in Europa und Deutschland aber weitere Raffinerien schließen, muss Kraftstoff importiert werden. Ob im Ausland die strengen deutschen Umweltstandards eingehalten werden, ist fraglich. Insgesamt wird das „Einmal Vollarbeiten bitte“ dann auf jeden Fall teurer.

„Nicht mehr oder weniger Staat – sondern ein handlungsfähiger Staat!“

In Lübeck und in München diskutierte der Managerkreis in Kooperation mit dem Julius-Leber-Forum bzw. dem BayernForum der Friedrich-Ebert-Stiftung mit Peer Steinbrück über das Herzstück der deutschen Wirtschaft, den Mittelstand. Der Kanzlerkandidat unterstrich, dass es mit ihm keine Vermögenssteuer geben wird, die in die Substanz der mittelständischen Wirtschaft eingreift.



Auf beiden Veranstaltungen am 31. Mai und 17. Juni 2013 wurden vier politische Großbaustellen ausgemacht, die die Zukunftsfähigkeit des Mittelstands direkt betreffen. So müsse die Neuverschuldung durch die Notwendigkeit der Schuldenbremse und aus Sicht der Generationengerechtigkeit auf Null gebracht werden. Weiterhin würde die Unterfinanzierung von Bildung in Kombination mit dem demografischen Wandel erheblich zum wachsenden Fachkräftemangel beitragen. Allein 25 Mrd. Euro müssen jährlich mehr in Bildung fließen. Alarmierend sei zudem die hohe Zahl an Schulabbrüchen in Höhe von 50.000 bis 60.000 pro Jahr. Das Bildungssystem müsse also nicht nur stärker finanziert, sondern auch dringend reformiert werden. Zudem drohe im Bereich der Infrastruktur ein Kollaps: Brücken, Straßen und Schienen seien marode, die Energiewende brauche ein besseres Management durch Zusammenlegung der Kompetenzen in einem Energieministerium und der Breitbandausbau müsse endlich vorankommen. 6 MBit pro Sekunde erreicht man im Durchschnitt im ländlichen Raum. Mehr als 50 bräuchte man. Selbst Rumänien ist mit 9 MBit pro Sekunde deutlich besser als Deutschland! Letztlich ist die Schuldenkrise der Kommunen für den Mittelstand eine große Gefahr. Peer Steinbrück machte klar, dass Mittelstandspolitik für ihn deshalb gleichzusetzen sei mit der Notwendigkeit von sozialem Ausgleich.

In den Debatten wurden auch unterschiedliche Auffassungen deutlich. Im Dialog mit dem Sprecher des Managerkreises, dem Unternehmer Klaas Hübner, lehnte Steinbrück eine stärkere Berücksichtigung von Nutzerfinanzierungskonzepten bei Infrastrukturprojekten, speziell eine PKW-Maut, strikt ab.

In den Diskussionen ging es auch um steuerpolitische Fragen. Steinbrück machte klar, dass seine Ziele nur durch Steuererhöhungen zu finanzieren seien. Jedoch beträfen diese nur fünf Prozent der Bevölkerung. Die Wirtschaft könne er beruhigen, denn er plane keine Substanzbesteuerung von betrieblichen Vermögen. Private Vermögen müssten aber stärker belastet werden, etwa durch Erhöhung des Spitzensteuer-

satzes und eine stärkere Besteuerung von Kapitaleinkünften. Einig war man sich in der Frage um einen möglichen Euro-Austritt einzelner kriegsgeschüttelter Staaten. Ein Austritt hätte für den deutschen Mittelstand gravierende Folgen, denn durch die dann erfolgenden Auf- bzw. Abwertungen von Währungen würden sich Preise für den deutschen Export massiv erhöhen. Investoren würden sich zurückziehen und es drohe ein Auftragseinbruch. Stattdessen müsse den Menschen in Europa klargemacht werden,



dass man sich längst in einer Haftungsunion befindet und stärkere Investitionsanreize in den vom Spardiktat betroffenen Staaten gesetzt werden, etwa durch ein dringend notwendiges Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit.

Jung, kreativ, hilflos? - Herausforderungen der Zukunftsbranche Kreativwirtschaft in Thüringen

In der Kreativwirtschaft sind sozialer Aufstieg und Selbstverwirklichung auch jenseits der klassischen Bildungswege möglich. Erfolgreich ist, wer etwas kann, wer eine gute Idee hat und diese auch in einem ökonomischen Sinn gut umsetzt. Allein in Thüringen arbeiten mehr als 12.000 Beschäftigte in der Kreativwirtschaft und erwirtschafteten zuletzt einen Jahresumsatz von 1,64 Mrd. Euro. Als Markt- und Innovationstreiber hat die Branche noch erhebliches Entwicklungspotenzial.

Die Kreativwirtschaft ist eine innovative und dynamische Zukunftsbranche mit hohem Beschäftigungspotenzial. Sie bietet viele Möglichkeiten der Selbstentfaltung und bietet im Hinblick auf selbstbestimmte Arbeitszeiten eine flexiblere individuelle Lebensplanung als in der klassischen Arbeitswelt.

In welcher Hinsicht müssen daher soziale Sicherungssysteme sowie Kultur- und Wirtschaftsförderung der neuen kreativen und digitalen Ar-

beitswelt angepasst werden? Wie können sich Hochschulen auf die Anforderungen der Wirtschaft auch im Zeitalter von Mittelkürzungen schnell und flexibel einstellen? Welche Bedeutung hat ein schnelles Internet für alle, gerade im ländlichen Raum? In Weimar diskutierte der Managerkreis Mitteldeutschland am 27. Juni 2013 mit Vertretern aus der Kreativbranche, der Wirtschaftsförderung und der Wissenschaft über diese zentralen Fragen. Moderiert wurde die Veranstaltung von dem Unternehmenskommunikator Gunnar Poschmann.

Podiumsgast Karl Beucke, Direktor der renommierten Bauhaus-Universität, erläuterte, wie wichtig es ist, dass kreative Talente frühzeitig in Berührung mit Praxis und Markt kommen. In Anbetracht der Herausforderungen sei der Ansatz vieler Bundesländer, gerade im Forschungsetat zu sparen, daher fehlgeleitet. Michaela Peisker, Koordinatorin des Careers Services der Bauhaus-Universität Weimar, berichtete aus ihrer Erfahrung in der Karriereberatung des kreativen Nachwuchses. „Der Großteil möchte hier bleiben“, berichtete sie. Vielen würde es hingegen schwerfallen, aus der anfänglichen Phase der Selbstausschöpfung herauszukommen.

Christian Leise, der mit videostadt.com Deutschlands erstes Online-Videobranchenbuch gegründet hat, berichtete von den Startschwierigkeiten: „Am Anfang erlebt man fast nur Rückschläge“, so Leise. Er beklagte besonders die Schwierigkeiten bei der Investorensuche. In Deutschland fehle die Kultur des Risikokapitals. So sei es schwierig, an das notwendige Unternehmenskapital zu kommen. Auf das Durchhaltevermögen und die Fähigkeit, nicht nur kreativ, sondern auch unternehmerisch zu sein, käme es an. Sein Unternehmen sitzt in einer kleinen Gemeinde. Leise berichtete von dem viel zu langsamen Breitband-Zugang. Sollte das Unternehmen weiter so wachsen wie bisher, muss er den ländlichen Raum verlassen. Ein alarmierendes Signal für die Landespolitik.

Dirk Kiefer, Leiter der Thüringer Agentur für Kreativwirtschaft, erläuterte wie eine moderne Wirtschaftsförderung aussehen muss. Die

Agentur ist ein Modellprojekt, das kostenfreie Beratungs- und Vernetzungsaktivitäten für die kreative Szene anbietet. Es geht darum, in die Branche hineinzuhören, um die Branche nach Innen und Außen besser sichtbar zu machen und Unternehmertum und Markterschließung zu befördern, so Dirk Kiefer. Kreative Arbeit sei in hohem Maße projektorientiert und oft experimentell. Die Produkte sind meist immaterieller oder ästhetischer Natur.

Ein Marathonlauf mit Fotofinish

„Wenn an den Wahlabenden die Mehrheits- und Machtverhältnisse ins Wanken geraten, dann analysiert er in den Fernsehstudios routiniert die Hintergründe des Geschehens.“ Mit diesen Worten führte der Vorsitzende des Mangerkreises Rhein-Main Florian Gerster den medial versierten Politologen Karl-Rudolf Korte in den Abend ein. Für den Direktor der NRW School of Governance ist das politische Rennen keineswegs gelaufen.



„Kam die Flut für Angela Merkel zu früh oder der Abhörskandal für die Piraten zu spät?“, fragte Korte die rund 100 Gäste des Managerkreises Rhein-Main, die am 4. Juli 2013 zu seinem Vortrag erschienen waren. Bei der kommenden Bundestagswahl zeigen sich zwei Konstellationen: Zum einen führe die Union mit Angela Merkel einen extrem personalisierten „Birgitte-Wahlkampf“, zum anderen sei Peer Steinbrück dazu der verkörperte Gegenpart. Korte charakterisierte das Politikmanagement der Kanzlerin als Kombination aus „ruhiger Stärke und forcierter Passivität“. Für den SPD-Spitzenkandidaten komme es darauf an, Fehler zu vermeiden.

Rund zweieinhalb Monate vor der Wahl sei noch nichts entschieden. Es werde kaum polarisiert. Nur im Bereich der Steuerpolitik lägen die Parteien sichtbar auseinander. Außerdem würde der Wählermarkt massiv durch Nichtwähler bestimmt. „Immer weniger entscheiden über immer mehr“, so die nüchterne Bilanz des Politikwissenschaftlers. Durch schwierige Mehrheitsbildungen könnten strukturelle Veränderungen blockiert werden. Hinzu komme, dass es sich bei dieser Wahl um die letzte Bundestagswahl handle, bei der die Mehrheit der Wähler unter 55 Jahre alt sei. Deshalb bleibt Kortes Nachfrage an das Publikum nicht aus: „Wie innovativ und reformfreudig sind wir noch im Alter?“

Stammwähler mit hoher Parteienidentifikation würden mit der Lupe gesucht. Mittlerweile seien 50 Prozent der Wähler Wechselwähler. Rund die Hälfte aller Wähler würden sich in den letzten 10 Tagen entscheiden. „Insgesamt gesehen ist das ein Marathonlauf mit Fotofinish, bei dem der Politiker die Orientierungsnomaden begeistern muss.“ Im Endspurt des Wahlkampfes sei entscheidend, welche Partei das „Gewinnerthema“ präsentiere, das mobilisiert. Für die SPD könne dies die Verbindung aus Wirtschafts- und Gerechtigkeitskompetenz sein.

Neben der Themenorientierung spiele auch die Kandidatenorientierung in der heißen Phase des Wahlkampfes eine zentrale Rolle. Wähler stünden am liebsten auf der Seite des „Favoriten“. „Beim Siegen wollen wir doch nicht alleine sein“, so Korte. Besondere Bedeutung komme dabei dem Medienmarkt zu. Er sei zum „Taktgeber der Politik“ geworden.

Ferner sei der „Koalitionsmarkt“ mit seinen klassischen Mehrheiten längst nicht mehr so verlässlich wie früher. Die heterogene Vielfalt in der Bundesrepublik ermögliche neue Formen der Macht. „Die Demokratie ist in Bewegung“, bilanzierte der Politikwissenschaftler von der Universität Duisburg-Essen.

Ab Oktober 2013 werde derjenige die Regierung bilden, der seine Ausgangsposition - ein gutes Wahlergebnis vorausgesetzt - am cle-

versten nutzen kann. Strategisch gesehen käme dabei den Grünen eine günstige Sandwich-Position zwischen dem bürgerlichen und dem linken Lager zu. Doch für Parteien und Koalitionen sei mehrere Wochen vor der Bundestagswahl das Rennen offen. Von den Wählern hänge die langfristige Perspektive für die Demokratie ab.

Akzeptanz als strategischer Erfolgsfaktor

Stuttgart 21, Flughafenausbaue und neue Windkraftparks sind Großprojekte, deren Umsetzung durch Bürgerproteste verzögert bzw. gefährdet wird. Die berühmten „Wutbürger“-Proteste resultieren jedoch weniger aus einer grundsätzlich technikfeindlichen Haltung. Vielmehr sind andere Faktoren von Bedeutung wie das Sankt-Florians-Prinzip (Not-In-My-Backyard: NIMBY) und die Entfremdung vom industriellen Produktionsprozess. Viele Bürgerinnen und Bürger betrachten industrielle Großprojekte als Eingriff in die persönliche Lebenssphäre und geben sich nicht länger mit formalen Abläufen zufrieden.

Information, Transparenz, Mitbestimmung – das Verlangen nach Partizipation ist größer denn je. Parteien, Behörden und Unternehmen müssen zügig lernen, mit dieser Herausforderung umzugehen. Nur eine ernst gemeinte Einbeziehung aller Beteiligten kann den Wirtschaftsstandort Deutschland sichern und helfen, Großprojekte wie die Energiewende erfolgreich durchzuführen.

Der Managerkreis hat sich intensiv mit der Bedeutung von Akzeptanz befasst. In einer Reihe von Podiumsdiskussionen wurden die verschiedenen Sichtweisen auf das Thema behandelt. Die Ergebnisse sind in der Veröffentlichung „Akzeptanz als strategischer Erfolgsfaktor“ zusammengefasst. Die Autoren sind Uwe Hitschfeld, der sich mit seinem Leipziger Büro für strategische Beratung auf Projekte an der Schnittstelle von Politik, Wirtschaft, Verwaltung und Öffentlichkeit spezia-

lisiert hat, und Harald Lachmann, der als Autor, Politik- und Wirtschaftskorrespondent für verschiedene deutsche Medien tätig ist.

Akzeptanz als strategischer Erfolgsfaktor / Uwe Hitschfeld und Harald Lachmann. Friedrich-Ebert-Stiftung, 2013. 23 Seiten.



Die Publikation finden Sie hier:

www.managerkreis.de/mediathek/

Kommunen in der Krise

Das Steering-Komitee des Managerkreises traf sich am 14. Mai 2013 in Berlin mit Ulrich Maly, dem Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg und Präsidenten des Deutschen Städtetages zu einem Hintergrundgespräch über die aktuelle Situation von Städten und Kommunen.



In seinem Impulsbeitrag ging Ulrich Maly insbesondere auf die dramatische Lage der kommunalen Finanzen ein. Die Schere öffnete sich immer weiter zwischen „reichen“ Städten und „armen“ Kommunen, die hochverschuldet seien. Der Zwang zum Schuldenabbau, festgeschrieben in der Schuldenbremse und im europäischen Fiskalpakt, führe zu untragbaren Zwängen. Einerseits steigen die Sozialausgaben, die vor allem die Kommunen treffen, andererseits sinken die Einnahmen. Die demografische Entwicklung und die anhaltende Migration in die Städte verschärfen die Lage weiter. Gespart wird daher vor

allem an dringend notwendigen Investitionen in die kommunale Infrastruktur. Die Probleme verschieben sich immer weiter zu Lasten zukünftiger Generationen. In der Diskussion wurden verschiedene Lösungsansätze eingebracht, wie etwa der Entschuldungsfonds in NRW, der hälftig von Land und Kommunen finanziert werden soll. Möglichkeiten einer Neugestaltung der Einnahmequellen wie etwa bei der Grundsteuer wurden sehr kontrovers beurteilt. In der Diskussion wurde deutlich, dass Kommunen, Länder und Bund gemeinsam sehr schnell Wege finden müssen, um einen Finanzkollaps auf kommunaler Ebene zu verhindern.

Keine Ampelkoalition

Der Landesvorsitzende der FDP in Nordrhein-Westfalen Christian Lindner war am 27. Mai 2013 beim Steering-Komitee des Managerkreises zu Gast, um über wirtschafts- und finanzpolitische Herausforderungen zu sprechen.



Lindner begrüßte den Managerkreis als „wirtschaftspolitisch aufgeklärten Teil der Sozialdemokratie“. Drei Kernthemen stellte er in den Fokus seines Eingangsstatements: eine marktwirtschaftliche Haushaltspolitik, den Fachkräftemangel und die Energiewende. Christian Lindner stellte fest, dass es bei diesen wirtschaftspolitischen Themen mehr Gemeinsamkeiten mit der Sozialdemokratie gebe, als man es augenscheinlich erwarten würde. Gleichzeitig machte er aber auch unmissverständlich klar, dass zwischen den Liberalen und den Grünen derzeit keine Schnittmengen bestünden und erteilte einer möglichen Ampelkoalition eine klare Absage. Klaas Hübner verabschiedete Christian Lindner im Hinblick auf die bevorstehende Bundestagswahl augenzwinkernd mit den besten Wünschen für viel Glück - aber wenig Erfolg.

Perspektiven für Rot-Grün

Katrin Göring-Eckardt, Spitzenkandidatin von Bündnis 90/Die Grünen und Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, war am 25. Juni 2013 zu Gast beim Steering-Komitee des Managerkreises.



Die Grünen seien gut mobilisiert für den Bundestagswahlkampf, erläuterte Katrin Göring-Eckardt in ihrem Eingangsstatement. Das mag an der Basisbeteiligung bei der Erstellung des Wahlprogramms, aber auch an der Ur-Wahl des Spitzenduos liegen, dem sie angehört. Mit der SPD gebe es viele Schnittmengen, etwa im Bereich der Kommunalfinzen und Bildungspolitik. Doch bestünden auch vereinzelt Unterschiede, besonders im Bereich der Steuerpolitik. Göring-Eckardt erläuterte zum Beispiel die unterschiedliche Position der Grünen zur Reform des Ehegattensplittings. Die Grünen möchten aus verfassungsrechtlichen Bedenken eine Reform nicht erst bei neu geschlossenen Ehen, sondern auch bei den Bestandsehen vornehmen.

Angesprochen auf die in der Presse viel diskutierten Steuerpläne der Grünen erläuterte Göring-Eckardt, dass laut Bund der Steuerzahler 90 Prozent der Einkommenssteuerzahlenden entlastet würden. Mittelständische Unternehmen sollen durch Freibeträge geschützt werden, so dass letztlich 90 Prozent aller Betriebe nicht von einer Vermögensabgabe, wie sie die Grünen vorsehen, betroffen wären.

Dass die Grünen trotz aller Kritik an ihren Steuerplänen in Meinungsumfragen sogar eher zulegen, führt die Spitzenkandidatin auf die hohen Glaubwürdigkeitswerte ihrer Partei zurück. Einer möglichen schwarz-grünen Koalition erteilte sie eine klare Absage. Ein solches Bündnis habe im Bundesrat nicht eine einzige Stimme.

„Wer eine solch schlechte Performance bei den Verhandlungen zum Emissionshandel auf EU-Ebene, bei der Energiewende und bei der Frage der Gleichstellung der Ehe macht, dem erteilen wir als Grüne eine klare Absage“, so Göring-Eckardt.

Literaturhinweise

Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte Heft 7/8 2013

Gerät die politische Kultur der Demokratie in die Krise? Ausgerechnet in einem bedeutsamen Wahljahr, in dem es aus mehr als einem Grund gerade darauf ankäme, wachsam zu sein? Zum Beispiel bei der plötzlichen Inflation von Versprechungen der Regierungspartei, im Falle der Wählergunst nun doch üppig zu liefern, was jahrelang schroff verweigert wurde: bessere Mütterrente, Kinderförderung, Infrastruktur. Würde sich da nicht eine Debatte über die akribisch ermittelten Befunde in einem eben erschienenen Buch lohnen, nach denen es zur Gewohnheit der Kanzlerin gehört, gemachte Versprechen nach der Wahl rasch zu kassieren und oft sogar ins Gegenteil zu verkehren? Oder tritt das Land in eine Art Schockstarre ein, nur hier keine Bewegung mehr angesichts von Krise und Unsicherheit rundum?



WISO direkt
Industriefeindlichkeit in Deutschland: zur Akzeptanz von Großprojekten
 Anna-Lena Schönauer. - Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Abt. Wirtschafts- u. Sozialpolitik, 2013. - 4 S. = 215 KB, PDF-File. - (WISO direkt) Electronic ed.: Bonn: FES, 2013 ISBN 978-3-86498-571-3



Politik, Wirtschaft und Medien beklagen in den letzten Jahren vermehrt die fehlende Akzeptanz

in der deutschen Bevölkerung gegenüber der Industrie im Allgemeinen und industriellen Großprojekten im Besonderen. Die zunehmenden Proteste beim Bau und Ausbau von Großprojekten werden als eine Gefahr für den Wirtschaftsstandort Deutschland gesehen und auch die von der Bundesregierung ausgerufenen Energiewende verzögert sich auf Grund der Proteste gegen den Stromnetzausbau zusehends. Dabei stellt sich die Frage, ob von einer grundsätzlichen Industriefeindlichkeit in Deutschland ausgegangen werden kann, oder ob nicht vielmehr einzelne Branchen unter einem Akzeptanzdefizit leiden?

Darüber hinaus ist auch in Bezug auf die Proteste gegen industrielle Großprojekte die Rolle der Industrie ungeklärt. Vielmehr scheint es andere Faktoren als eine zunehmende Industriefeindlichkeit zu geben, welche Auslöser der Proteste sind. Die Aufdeckung der Ursachen dieser Proteste ist die Voraussetzung, um geeignete Verfahren zur Akzeptanzgewinnung zu entwickeln und somit Deutschland als Industriestandort nachhaltig zu stärken.

Sie sind im Management oder als Unternehmer tätig und politisch interessiert?

Der Managerkreis bietet Ihnen in acht Regionalgruppen und bei überregionalen Veranstaltungen die Möglichkeit, sich mit gleichgesinnten Managern und Unternehmern auszutauschen. Der Managerkreis besteht seit 1991 und umfasst mittlerweile über 1.300 Mitglieder. Sein Ziel ist es, eine Brücke zwischen Wirtschaft und Politik zu schlagen, und ein Netzwerk zwischen engagierten Managern zu knüpfen. Wir laden Sie herzlich ein, Mitglied im Managerkreis zu werden.

Hier finden Sie weiterführende Informationen:

www.managerkreis.de
 Kontakt

Mitgliederservice
 Dagmar Merk
 Tel. 030-269357053
managerkreis@fes.de



Terminübersicht

Die Aufstellung enthält nur Veranstaltungen, deren Termine bereits festliegen. Zu jeder Veranstaltung werden rechtzeitig Einladungen versandt. Zu den Hintergrundgesprächen werden nur Mitglieder des Managerkreises eingeladen.

Managerkreis Berlin-Brandenburg , Jour fixe für Mitglieder mit Thorben Albrecht , SPD-Parteivorstand	26.09.2013 Berlin
Managerkreis Berlin-Brandenburg in Kooperation mit FES Forum Politik & Gesellschaft <i>Unternehmerische Frauenförderung in der Praxis</i> Fachgespräch und Workshop mit Thomas Sattelberger , ehemaliger Personalvorstand Deutsche Telekom	30.09.2013 Berlin
Managerkreis Baden-Württemberg , Hintergrundgespräch <i>Bildungsstandort Baden-Württemberg</i> mit Andreas Stoch MdL, Minister für Kultus, Jugend und Sport des Landes BaWü	15.10.2013 Stuttgart
Managerkreis Nordrhein-Westfalen , Hintergrundgespräch <i>Nachlese zur Bundestagswahl</i> mit Yvonne Schroth , Forschungsgruppe Wahlen	17.10.2013 Düsseldorf
Managerkreis Rhein-Main , Diskussionsveranstaltung <i>Recht und Integrität – Compliance</i> mit Christine Hohmann-Dennhardt , Vorstandsmitglied der Daimler AG	31.10.2013 Frankfurt
Managerkreis Bayern und FES Forum Politik und Gesellschaft , Fachgespräch <i>Unternehmerische Frauenförderung in der Praxis</i> mit Brigitte Ederer , Vorstandsmitglied Siemens AG	12.11.2013 München
Managerkreis Niedersachsen-Bremen , Hintergrundgespräch <i>Wissenschaftsstandort Niedersachsen</i> mit Gabriele Heinen-Kljajic , Ministerin für Wissenschaft und Kultur und Jürgen Hesselbach , Präsident der TU Braunschweig	21.11.2013 Hannover

Weitere Termine sind in Vorbereitung und werden auf unserer Website regelmäßig aktualisiert:

www.managerkreis.de